

C010: Gendergerechte Haushaltspolitik der Bundesregierung – Gender Budgeting

Laufende Nummer: 016

Antragsteller_in:	DGB-Bundesfrauenausschuss
Status:	angenommen
Sachgebiet:	C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat

Gendergerechte Haushaltspolitik der Bundesregierung – Gender Budgeting

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

Die Delegierten des 21. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses fordern, dass die unterschiedlichen Auswirkungen von Haushalts- und Finanzentscheidungen auf Frauen und Männer bei bundespolitischen Entscheidungen aller Ressorts und Politikbereiche grundsätzlich berücksichtigt werden.

Die Delegierten fordern die Bundesregierung auf, eine gleichstellungsorientierte Gesetzesfolgenabschätzung vorzunehmen mit dem Ziel, die Durchsetzung tatsächlicher Gleichstellung von Frauen und Männern (Art. 3 Abs. 2 GG) wirksam umzusetzen. Dafür ist ein institutionalisiertes Monitoring mit gleichstellungspolitischen Kriterien und Zielen einzuführen und auf der Grundlage von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting konsequent umzusetzen.

Damit wird § 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO), wonach die Gleichstellung von Frauen und Männern bei allen politischen Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden soll, Rechnung getragen. Das Bundesfinanzministerium als federführendes Ministerium für die Haushaltspolitik trägt hierfür besondere Verantwortung.